

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Schierholz, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

Ökologische Zukunft der Kernforschungsanlage Jülich

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Nach den ursprünglichen Plänen der Bundesregierung sollte sich die Grundlagenforschung an der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich langfristig um das neue Großgerät „Spallationsneutronenquelle“ (SNQ) gruppieren (Drucksache 10/1327). Nachdem der Bundesminister für Forschung und Technologie beschlossen hat, die SNQ nicht zu bauen und die Vorarbeiten dazu einzustellen, ist diese Planung obsolet geworden.

Der Bau der SNQ hätte nach dem Willen der Bundesregierung den Konzentrationsprozeß auf größere homogene Forschungs- und Entwicklungseinheiten fördern sollen. Bislang hat sich jedoch die vielfältig gegliederte inhaltliche Ausrichtung der KFA Jülich bewährt. Der Planungsstopp für die SNQ eröffnet die Möglichkeit, diese heterogene Aufgabenstruktur zu nutzen und auszubauen.

2. In der KFA Jülich sollen künftig, ausgehend von ihrer Gründungsidee, langfristig angelegte und komplexe Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von überregionaler und hoher sozialer, ökologischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung bearbeitet werden, die einen hohen Planungs- und Managementaufwand sowie eine kontinuierliche Bearbeitung erfordern und die mit erheblichen technischen und ökonomischen Risiken behaftet sind. In der Regel sind hierzu multidisziplinäre und interdisziplinäre Zusammenarbeit und vielseitige Infrastruktur notwendig. Damit erfüllt die KFA Jülich einen spezifischen öffentlichen Auftrag.
3. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen wachsenden Bedarf an wissenschaftlich-technischen Problemlösun-

gen für die staatliche Daseins- und Zukunftsvorsorge. Für die Wahrnehmung solcher Aufgaben bietet die KFA Jülich gerade aufgrund ihrer vielfältigen Aufgabenstruktur gute Voraussetzungen, die es zu nutzen und auszubauen gilt. Ihr Forschungspotential auf den Querschnittsgebieten der Ursachen- und Wirkungsforschung, der Technikfolgenabschätzung und der Systemanalyse soll wesentlicher Bestandteil des von der Bundesregierung geplanten „Frühwarnnetzes“ werden. Zu den Aufgaben dieses „Frühwarnnetzes“ gehören nicht nur

- die frühzeitige Identifizierung sozial, ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoller zukunftsorientierter Technologiefelder,
- Aussagen über die Langzeitwirkungen neuer Techniken,
- Erstellen gut begründeter Szenarien der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung auf der Basis von sorgfältigen Systemanalysen,
- Darstellung von Handlungsalternativen sowie die Vorbereitung von Entscheidungsfindungen

sondern auch und in vorrangigem Maße

- die Diskussion der Auswirkungen bisheriger klassischer Technologiefelder und der industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktionsverfahren auf die Menschen und die Umwelt,
- die Ausarbeitung von Handlungsalternativen und Produktionsalternativen zur Vermeidung von ökologischen und sozialen Schäden und zur Minimierung von umweltgefährlichen Reststoffen der Produktion.

Erst diese Erweiterung des Aufgabenkatalogs für das „Frühwarnnetz“ ermöglicht es, gesellschaftliche und technische Ursachen für die sich verschlechternde Umweltsituation aufzuarbeiten und angemessene gesellschaftliche und technische Lösungen für die vielfältigen Probleme zu finden. Auf dieser Grundlage läßt sich auch das Potential neuer Technologien sinnvoll diskutieren.

Vor allem komplexe Systeme lassen sich je nach Interessenlage der Forscher oder ihrer Auftraggeber mit unterschiedlichen Ansätzen untersuchen. Das führt häufig zu widersprüchlichen Ergebnissen. Es ist für die Lösungssuche und für die demokratische Entwicklung wichtig, diese Widersprüche in einer kontroversen und auch in der Öffentlichkeit breitgeführten Auseinandersetzung zu bewerten und zu klären. Die Erarbeitung unterschiedlicher Forschungsansätze soll durch gezielte Parallelforschung vorangetrieben werden. Dazu soll die KFA Jülich Parallelforschung an andere Forschungsinstitutionen vergeben

und diese koordinieren oder auch gegebenenfalls selbst betreiben.

4. Bei jeder wissenschaftlichen Politikberatung, auch bei Aussagen im Rahmen eines „Frühwarnnetzes“, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Neutralität und Sachverstand. Beratung setzt auf der einen Seite gründliche Kenntnis der zu bewertenden Technologie voraus, die nicht allein durch beurteilende Beschäftigung mit ihr erworben werden kann. Auf der anderen Seite sind kritische Distanz und Interessenfreiheit ebenso wichtige Vorbedingungen. Diese beiden Ansprüche lassen sich nicht in idealer Weise miteinander vereinbaren. Optimal in Bezug auf die sich anbietenden Alternativen kann dies jedoch bei den Großforschungseinrichtungen (GFE) organisiert werden. Sie verfügen dort, wo sie angewandte Forschung und technische Entwicklung betreiben oder auch in der Ursachen/Wirkungsforschung tätig sind, über das notwendige, umfassende Know-how. Den Universitäten haben sie in der Regel Breite und Kontinuität in der wissenschaftlichen Arbeit voraus. Im übrigen ist die Staatsnähe der GFE ein wichtiger Garant für ihre Unabhängigkeit von Partikularinteressen und damit verbunden ein wesentlicher Bestandteil der Konsensfähigkeit ihrer Bewertungen.

Dies gilt ebenso für die KFA Jülich. Zur Erhaltung ihrer wissenschaftlichen Kompetenz und gesellschaftlichen Relevanz ist eine partnerschaftliche Kooperation mit forschungs- und entwicklungsrelevanten Bereichen aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung förderlich und insoweit anzustreben. Diese findet ihre Grenze jedoch dort, wo die kritische Distanz mit den Interessen der beteiligten Unternehmen kollidiert.

Der Ausrichtung der KFA Jülich auf wissenschaftliche Politikberatung und auf ein Instrumentarium des staatlichen „Frühwarnnetzes“ ist es daher abträglich, wenn eine Fremdbestimmung der KFA Jülich durch die Interessen der Wirtschaft erfolgt. Die Programmabstimmung mit Nutzern aus der Wirtschaft, verwirklicht durch Praxisbeiräte, Industrietage oder Einbindung der Nutzer in Aufsichtsorgane und Projektgremien oder die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft an der KFA Jülich in Form steigender Drittmittelfinanzierung für laufende Projekte oder gar am Stammkapital, macht die notwendige Neutralität der KFA Jülich unmöglich.

5. Die vielfältigen, komplexen und verantwortungsreichen Aufgaben einer GFE wie der KFA Jülich verlangen den Einsatz der Initiative und des Ideenreichtums aller Mitarbeiter/innen. Kreativität kann sich jedoch nur in einem „forschungsfreundlichen“ Klima entfalten. Die Langfristigkeit der gestellten Aufgaben soll sich auch in einer Per-

sonalpolitik äußern, die grundsätzlich von unbefristeten Arbeitsverträgen ausgeht. Zeitarbeitsverträge und eine forcierte Fluktuation der Mitarbeiter/innen in die Industrie dünne in aller Regel die Kompetenz zur Durchführung langfristiger qualifizierter Forschung aus. Die notwendige Flexibilität kann durch einen kooperativen Führungsstil sowie durch Umorganisation innerhalb der KFA Jülich gesichert werden. Lediglich im Sinne des AGF-Nachwuchsprogramms ist es sinnvoll, junge Hochschulabsolventen/innen mit zusätzlichen Personalmitteln und außerhalb des Stellenplans gemäß der „Jülicher Klausel“ zu beschäftigen.

B. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Globalsteuerung der KFA Jülich gemäß den unter A. getroffenen Feststellungen vorzunehmen;
2. dabei insbesondere die KFA Jülich verstärkt zur wissenschaftlichen Politikberatung und als Instrumentarium des „Frühwarnnetzes“ unter ökologischen Gesichtspunkten zu nutzen und auszubauen;
3. dabei die inhaltliche Arbeit der KFA Jülich schwerpunktmäßig auf die
 - 3.1 nichtnukleare Energieforschung unter besonderer Berücksichtigung
 - fortgeschrittener Energiespartechniken,
 - des Einsatzes der verschiedenen regenerativen Energiequellen in der Bundesrepublik Deutschland,
 - der Entwicklungen von Speichertechniken und der Bedarfssteuerung,
 - der Vernetzung der verschiedenen Quellen zu einem angebotsnivellierenden Verbund,
 - der Entwicklung eines energiedienstleistungsorientierten Versorgungssystems,
 - 3.2 ökologische Wirkungsforschung unter besonderer Berücksichtigung der
 - Umweltforschung,
 - Altlastensanierung,
 - Risikoanalyse der industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktion zur Ursachenerforschung der weiter voranschreitenden Umweltschädigungenauszurichten;
4. zur Bewältigung dieser Aufgaben, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Frühwarnnetz“, die Instrumente zur Problemerkennung und zur Steuerung zu erweitern um

- die Organisation der Debatte über Technikfolgen und die Abstimmung der Forschungsprogramme auf parlamentarischer Ebene, auf der Ebene der von Wissenschaft und Technik sowie ihrer Folgen Betroffenen und auf der Ebene der Wissenschaftler,
- den Ausbau der fachlichen Mitbestimmung der Mitarbeiter/innen in der KFA Jülich und den Ausbau eines kooperativen Führungsstils zur Erweiterung der Kreativität und der Initiative aller Mitarbeiter/innen,
- die Institutionalisierung der Parallelforschung bei komplexen und von verschiedenen Interessengruppen kontrovers diskutierten Aufgaben.

Bonn, den 2. September 1985

Dr. Schierholz

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

